

## Für einen Plan B in der Iran-Politik

### Zusammenfassung

Bundesregierung und EU konzentrierten sich in ihrer Iran-Politik bisher stark auf das **Nuklearabkommen** mit dem Iran. Dieses hatte zwei Ziele: Eine wirksame Eindämmung des iranischen Atomprogramms und eine Verhaltensänderung der politischen Führung.

Nun wird immer deutlicher, dass beide Ziele nicht erreicht werden. Iran hält sich nicht mehr an die Vorgaben des Abkommens, und es besteht kein Zweifel mehr daran, dass das iranische Atomprogramm einen militärischen Charakter hat. Auch die erhoffte **Verhaltensänderung** der Islamischen Republik Iran ist **ausgeblieben**. So hat der Iran die Gelder, die durch den JCPOA freigegeben wurden, nicht zum friedlichen Aufbau des Landes verwendet. Die mehr als 100 Milliarden Dollar wurden von Teheran vielmehr dazu benutzt, um **hegemoniale Bestrebungen** und Terrormilizen in der Region zu finanzieren.

Eine diplomatische Vorgehensweise darf nicht zum Selbstzweck werden. Das Ziel muss bleiben, eine atomare Bewaffnung des iranischen Regimes in jedem Fall zu verhindern. Eine Atombombe in den Händen der Islamischen Republik Iran hätte katastrophale Folgen. Denn bei der Islamischen Republik Iran handelt sich um ein **ideologisches Staatswesen**, dessen Verfassung und Politik von einer antisemitisch-antizionistischen, djihadistischen, antiamerikanischen und antiwestlichen Ideologie geprägt ist.

Im Namen dieser Doktrin betreibt das iranische Regime seine expansive Politik gegen die arabischen Nachbarstaaten und Israel. Die Vernichtung des jüdischen Staates Israel ist **Staatsdoktrin** der Islamischen Republik, die keiner ihrer Führer jemals infrage gestellt hat. Krieg und Terror gegen seine arabischen Nachbarn führt Teheran im Namen dieses apokalyptischen Endziels. Auf dieser Grundlage hat der Iran seine Nachbarländer besonders seit 2015 massiv destabilisiert, was zu erheblichen Problemen führte, die mit der Flüchtlingswelle 2015 auch Europa und Deutschland direkt betreffen.

Auch seiner eigenen Bevölkerung kann das iranische Regime aufgrund seiner ideologischen Prioritäten keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungsperspektive bieten. Misswirtschaft und Korruption, Verarmung durch nicht gezahlte Löhne, Versagen angesichts der Klimaproblematik und der Corona-Krise prägen das Land. Die Menschenrechtslage ist nach wie vor katastrophal. Iran gehört zu den Ländern mit den meisten Hinrichtungen der Welt.

Eine Lösung all dieser Probleme - Atomprogramm, Terror in der Region und die massiven Menschenrechtsverletzungen - ist nur mit einem demokratischen Iran möglich. Die **Unterstützung der Menschenrechte und demokratischer Bestrebungen im Iran** liegen deshalb im deutschen und europäischen Interesse und sollten zu einer Priorität in der Außenpolitik gemacht werden.

Die Herrscher der Islamischen Republik haben **keine demokratische Legitimation** durch die Bevölkerung. Dies zeigen auch die – trotz stärkster Repression – immer wieder aufflammenden Massenproteste, sowie die geringe Wahlbeteiligung, bei den vom Regime inszenierten Präsidentschaftswahlen 2021, die als Referendum gegen das System der Islamischen Republik als Ganzes verstanden werden kann.

**Vor diesem Hintergrund müssen Bundesregierung und EU eine 180 Grad Wende ihrer Iranpolitik einleiten:** Es muss Druck aufgebaut werden, um die Gefahren durch das Atomprogramm und die Expansion in der Region einzudämmen. Dabei ist eine enge Abstimmung mit Israel und anderen Ländern in der Region, die direkt von Irans expansiven Bestrebungen betroffen sind, von äußerster Wichtigkeit. Deutschland und die EU sollten mit diesen Regierungen an einer neuen Strategie arbeiten, um weitere Schritte in Irans Atomprogramm entschieden zu verhindern und den Einfluss des Regimes in der Region zurückzudrängen. Die Bundesregierung muss sich aber vor allem auch - in ihrem eigenen Interesse – an die Seite der demokratischen Opposition im Iran und im Exil stellen und diese aktiv unterstützen.

## Handlungsempfehlungen

- Irans Verstöße gegen das Atomabkommen (JCPOA) und den Atomwaffensperrvertrag dürfen nicht folgenlos bleiben. Angesichts der massiven Verstöße muss der Mechanismus **der Snap-Back-Sanktionen** ausgelöst werden, der im Nuklearabkommen vorgesehen ist. Die Bundesregierung kann und sollte diesen auslösen.
- Kooperation mit allen **Partnern in der Region**, die von der iranischen Expansion bedroht sind. Unterstützung Israels und derjenigen arabischen Regierungen, die einen Ausgleich mit Israel suchen und damit für ein Ende des Nahostkonflikts stehen.
- Höherer **Sanktionsdruck** auf allen Ebenen und in jeder regionalen Arena gegen iranische Aggressionen in der Region (Jemen, Irak, Syrien, Libanon). Dazu gehört die Isolierung und Sanktionierung der terroristischen Kooperationspartner Irans sowie die Listung dieser Gruppierungen auf allen relevanten Terrorlisten.
- Die Bundesregierung sollte offen und öffentlich die iranische **Demokratiebewegung** im Iran und im Exil unterstützen.
- Konsequente Strafverfolgung von **Menschenrechtsverbrechen**, die im Iran begangen werden, in der Bundesrepublik. Die Unterstützung der Menschenrechte im Iran sollten zu einer Priorität in der Außenpolitik gemacht werden.
- Konsequente **Eindämmung der Aktivitäten der Islamischen Republik in Deutschland** und Europa durch ein Ende der Kooperation mit aus dem Iran gesteuerten Verbänden sowie Ausweisung von Agenten.

## Inhalt

Kein „weiter so“ in der Iranpolitik - die Bilanz des JCPOA .....	4
Eine atomare Bewaffnung Irans verhindern .....	6
Menschenrechte und die Unterstützung der iranischen Demokratiebewegung ....	9
Terrorismus und ideologischer Extremismus .....	11
Ein neuer Mittlerer Osten .....	14

## Kein „weiter so“ in der Iranpolitik - die Bilanz des JCPOA

Die Iranpolitik Deutschlands wurde in den letzten Jahren dominiert von den Debatten um Irans Atomprogramm und die Vereinbarung, die im Jahr 2015 abgeschlossen wurde, den JCPOA (Joint Comprehensive Plan of Action). Ziel war nicht nur die Eindämmung des Nuklearprogramms, sondern auch ein „behavior change“. Die Kooperation mit dem Westen sollte das Land von innen verändern und zu einem „konstruktiven Partner“ in der Region machen.<sup>1</sup>

Beide Ziele sind nicht erreicht worden. Erstens verstößt die Islamische Republik Iran immer deutlicher gegen das Atomabkommen. Beobachter gehen davon aus, dass der Iran vor den Augen der Welt bereits dabei ist, einen so genannten „Breakout“ zu vollziehen.<sup>2</sup> Zweitens hat kein behavior-change stattgefunden: der Iran hat die Gelder, die durch den JCPOA freigegeben wurden, nicht zum friedlichen Aufbau des Landes verwendet oder in die Infrastruktur und die Wirtschaft des Landes investiert.<sup>3</sup>

Stattdessen hat Teheran die durch das Nuklearabkommen frei gewordenen Gelder - mehr als 100 Milliarden US-Dollar - benutzt, um seine hegemonialen Bestrebungen in der Region zu finanzieren. Die Verbündeten der Islamischen Republik Iran im Libanon, Gaza-Streifen, Syrien, Irak und Jemen sind dabei vor allem militärische und terroristische Akteure. Die iranische Einflussnahme führt zu einer dauerhaften Destabilisierung der betroffenen Länder und der gesamten Region und wird weitere Fluchtwellen auslösen, deren Folgen Europas Gesellschaften direkt betreffen.

Unmittelbar nach dem Abschluss des Nuklearabkommens im Sommer 2015 ging das iranische Regime in der Region in die Offensive.<sup>4</sup> Diese Entwicklung fand vor der Wahl von Präsident Trump und dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen statt, und sie zeigt sehr deutlich, dass das iranische Regime kein Partner in der Region sein kann. Der JCPOA hat sich regional und international in desaströser Weise ausgewirkt:

- **Israel:** Iran hat in Syrien Truppen stationiert und bedroht Israel von drei Seiten, direkt oder über Stellvertreter: Von Syrien, vom Libanon und vom Gaza-Streifen aus. Die Islamische Republik Iran hält am Ziel der Vernichtung des jüdischen Staates Israel fest. Das beweisen die ständigen Vernichtungsdrohungen aus der politischen und militärischen Führung. Es ist ein Fehler, diese nicht ernst zu nehmen. Iran geht über Proxies aber auch mit militärischen und terroristischen Mitteln gegen Israel vor. Der jüngste Raketenkrieg von Hamas und Palästinensischem Jihad gegen Israel im Mai 2021 wäre ohne die massive waffentechnische und finanzielle Unterstützung der Islamischen Republik nicht möglich gewesen, was die Führer der Terrororganisationen selbst bestätigen.<sup>5</sup>
- **Syrien:** Nur wenige Tage nach Unterzeichnung des Irandeals reiste Qassem Soleimani, Kommandeur der für terroristische Auslandsoperationen zuständigen „Quds Brigaden“ nach Moskau, um dort ein gemeinsames russisch-iranischen Vorgehen zur

---

<sup>1</sup> Dies formulierte z.B. Außenminister Frank-Walter Steinmeier beim Bertelsmann Forum v. 15.2.2016, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160215-BM\\_Bertelsmann\\_Forum.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160215-BM_Bertelsmann_Forum.html). Vgl. auch <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/273250>.

<sup>2</sup> David Albright u.a.: „Iran’s Recent, Irreversible Nuclear Advances“, ISIS-Report v. 22.9.2021, [https://isis-online.org/uploads/isis-reports/documents/Irans\\_Recent\\_Nuclear\\_Advances\\_Sept\\_22\\_2021\\_Final.pdf](https://isis-online.org/uploads/isis-reports/documents/Irans_Recent_Nuclear_Advances_Sept_22_2021_Final.pdf), S. 10.

<sup>3</sup> <https://www.npr.org/sections/parallels/2015/07/16/423562391/lifting-sanctions-will-release-100-billion-to-iran-then-what?t=1616104253037> und <https://www.wsj.com/articles/u-s-sent-cash-to-iran-as-americans-were-freed-1470181874>

<sup>4</sup> Vgl. Guido Steinberg: „Die Achse des Widerstands“, 2.7.2021, <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-achse-des-widerstands>

<sup>5</sup> <https://www.memri.org/tv/palestinian-isalmic-jihad-official-ramez-halabi-rockets-use-strike-tyl-qasem-soleimani-iran-support> und <https://news.yahoo.com/hamas-leader-thanks-iran-supplying-004650498.html>

Rettung des syrischen Diktators Assad auszuhandeln.<sup>6</sup> Russlands direkte Intervention im Syrienkrieg seit dem Herbst 2015 verschärfte die Situation im Bürgerkrieg dramatisch. Das Handeln der iranisch-russischen Achse ist der Hauptgrund für die Flüchtlingskrise seit 2015, mit dramatischen Auswirkungen für die Region und europäische Gesellschaften.

- **Jemen:** Auch im Jemen trägt die Islamische Republik mit der Unterstützung der Houthi-Rebellen wesentliche Schuld an der dortigen humanitären Katastrophe. Die Houthi-Proxies des iranischen Regimes haben die Situation unmittelbar nach den ersten Avancen der neuen amerikanischen Regierung weiter eskaliert.<sup>7</sup>
- Im **Irak** baute Iran bewaffnete und terroristisch agierende Gruppen auf (Asa'ib Ahl al-Haqq, Kata'b Hizbullah u.a.), im **Libanon** die Hisbollah. Vor allem seit 2019 regt sich gegen diese Einflussnahme aus Teheran immer wieder Protest. Die proiranischen Milizen terrorisieren die Zivilgesellschaft im Irak und im Libanon, die gegen den Einfluss des iranischen Regimes und die damit verbundene Korruption und Misswirtschaft vorgeht.
- **Europäische Union:** Ausgerechnet die Länder der EU, die in der Vergangenheit auf einen kooperativen Kurs gegenüber Teheran setzten, wurden *nach* Abschluss des JCPOA zum Fokus verschärfter **Spionage- und Terroraktivitäten** des iranischen Regimes. Betroffen sind u.a. die Niederlande, Frankreich, Dänemark und Deutschland.<sup>8</sup>
- **Menschenrechte im Iran:** Von einer Entspannung der Menschenrechtssituation im Iran konnte nach dem Abschluss des Atomabkommens keine Rede sein. Iran hat im Verhältnis zur Bevölkerungszahl noch immer die höchsten Hinrichtungszahlen der Welt. Die brutale Niederschlagung der Protestwellen in den Jahren 2017, 2018 und 2019, die jahrzehntelangen Haftstrafen für Antikopftuchaktivistinnen, Repression gegen zivilgesellschaftliche Aktivist:innen und ethnische und religiöse Minderheiten sind nur ein Ausschnitt der dramatischen Menschenrechtssituation im Iran.
- **Geiselnahmen:** Auch in anderen Bereichen zeigt die Islamische Republik Iran, dass sie nicht bereit ist, sich an diplomatische Gepflogenheiten zu halten. Seit 2015 hat das iranische Regime mindestens 30 Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit als **Staatsgeiseln** festgesetzt, die als Faustpfand benutzt werden, um Zugeständnisse zu erzwingen und Agenten und Terroristen freizupressen.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> „How Iranian general plotted out Syrian assault in Moscow“, Reuters v. 6.10.2015, <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-syria-soleimani-insigh-idUSKCN0S02BV20151006>

<sup>7</sup> Jonathan Spyer: „Events in Yemen are an indicator of broader regional dynamics“, Jerusalem Post v. 25.2.2021, <https://www.jpost.com/middle-east/events-in-yemen-are-an-indicator-of-broader-regional-dynamics-660248>

<sup>8</sup> Mideast Freedom Forum Berlin: „Iranische terroristische Aktivitäten in Europa und Gegenmaßnahmen“, März 2019, [https://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors\\_de/Texte/Kurzinfo-Iran-Terroristische-Anschlaege\\_in\\_Europa\\_01.pdf](https://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors_de/Texte/Kurzinfo-Iran-Terroristische-Anschlaege_in_Europa_01.pdf)

<sup>9</sup> The International Observatory of Human Rights: „Iran's high stakes game of hostage diplomacy“, 29.1.2021 <https://observatoryihr.org/iohr-tv/irans-high-stakes-game-of-hostage-diplomacy/>.

## Eine atomare Bewaffnung Irans verhindern

Dass eine Rückkehr zum Atomabkommen eine iranische Atombewaffnung verhindern kann, erscheint zunehmend unwahrscheinlich. Der Iran macht unumkehrbare Fortschritte in seinem Atomprogramm, und auch Schritte, die das Ziel einer atomaren Bewaffnung offenlegen. Zudem blockiert Iran seit Monaten weitere Verhandlungen, behindert Inspektionen der internationalen Atomenergiebehörde IAEA und beantwortet offene Fragen nicht. In fast allen wesentlichen Punkten verstößt der Iran gegen seine Verpflichtungen aus dem JCPOA und dem Atomwaffensperrvertrag:

- **Inspektionen:** Seit Februar 2021 kann die IAEA keine unabhängigen Kontrollen im Iran mehr durchführen und hat keinen Zugriff mehr auf Daten, die von Überwachungskameras aufgezeichnet werden. Dies hat die Möglichkeit der IAEA stark eingeschränkt, das Atomprogramm zu beobachten und zu bewerten. Zudem beantwortet der Iran offene Fragen der IAEA nicht, die sich auf nicht deklarierte Uranpartikel beziehen, die an vier Standorten gefunden wurden und deren Verbleib unklar ist.<sup>10</sup> IAEA-Direktor Rafael Grossi erklärte deshalb bereits im Mai 2021, seine Organisation könne eine friedliche Natur des Programms nicht mehr bestätigen.<sup>11</sup>
- **Urananreicherung:** Der JCPOA erlaubt eine Höchstmenge angereicherten Urans von 300 kg; Iran darf Uran nur auf 3,67% anreichern. Die Höchstmenge hat der Iran mittlerweile um ein Vielfaches überschritten. Zudem sind signifikante Mengen Uran auf 20% bzw. 60% angereichert.<sup>12</sup> In der Debatte wird oft nicht berücksichtigt, dass bereits 60% angereichertes Uran in einer Atomwaffe benutzt werden kann, auch wenn 90% bevorzugt wird. Die Uran-Anreicherung auf 60% ist ein hoch provokanter, gefährlicher Schritt.
- Die „**Breakout**“-Zeit, also die Zeit, die der Iran für die Produktion von genügend hoch angereichertem Material für eine Bombe benötigt, sollte durch den JCPOA auf ein Jahr gestreckt werden. Beobachter gehen davon aus, dass der Iran bereits jetzt den Breakout praktiziert.<sup>13</sup>
- **Uranmetall** wird für den Sprengkopf einer Atomwaffe benötigt; seine Produktion gilt unter Beobachtern deshalb als deutlicher Hinweis auf militärische Absichten und ist nach dem JCPOA verboten.<sup>14</sup> Im Dezember 2020 kündigte der Iran an, Uranmetall herzustellen, die IAEA hat die Produktion von Uranmetall bestätigt. Während die Urananreicherung rückgängig gemacht werden kann, ist dies bei Forschungs- und Entwicklungsfortschritten auf dem Weg zur Bombe kaum möglich. Beobachter werten diese und weitere Verstöße gegen das Abkommen als irreversibel.<sup>15</sup> Ein Zurück zum alten Abkommen von 2015 wäre deshalb ein schwächeres Abkommen.
- **Schnellere Zentrifugen:** Der JCPOA begrenzt die Anzahl der Zentrifugen und erlaubt keine modernisierten Zentrifugen, um die Breakout-Zeit zu verlängern. Im August 2019 kündigte der Iran an, sich an diese Beschränkungen nicht mehr zu halten, und die IAEA

---

<sup>10</sup> David Albright u.a.: „Analysis of IAEA Iran Verification and Monitoring Report - May 2021“ v. 7.6.2021, <https://isis-online.org/isis-reports/detail/analysis-of-iaea-iran-verification-and-monitoring-report-may-2021>.

<sup>11</sup> Report v. Rafael Grossi: „NPT Safeguards Agreement with the Islamic Republic of Iran“ v. 31.5.2021, <https://www.iaea.org/sites/default/files/21/06/gov2021-29.pdf>. Iran hat sich dazu verpflichtet, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag anzuwenden, welches umfassende Inspektionen der IAEA ermöglicht. Bis heute hat das iranische Parlament das Zusatzprotokoll aber nicht ratifiziert. Vgl. Statusliste der IAEA v. 15.9.2021: <https://www.iaea.org/sites/default/files/20/01/sg-ap-status.pdf>. Im Dezember 2020 verabschiedete das iranische Parlament vielmehr ein Gesetz, das die Ausweisung der IAEA-Inspektoren vorsah.

<sup>12</sup> IAEA: „Verification and monitoring in the Islamic Republic of Iran in light of United Nations Security Council resolution 2231 (2015)“ v. 7.9.2021, <https://www.iaea.org/sites/default/files/21/09/gov2021-39.pdf>.

<sup>13</sup> David Albright u.a.: „Iran’s Recent, Irreversible Nuclear Advances“, ISIS-Report v. 22.9.2021, [https://isis-online.org/uploads/isis-reports/documents/Irans\\_Recent\\_Nuclear\\_Advances\\_Sept\\_22\\_2021\\_Final.pdf](https://isis-online.org/uploads/isis-reports/documents/Irans_Recent_Nuclear_Advances_Sept_22_2021_Final.pdf), S. 10.

<sup>14</sup> „Schwerwiegende Sorgen“ über nukleare Aktivitäten Irans“, FAZ v. 7.7.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/schwerwiegende-sorgen-ueber-nukleare-aktivitaeten-irans-17426417.html>

<sup>15</sup> <https://isis-online.org/isis-reports/detail/irans-recent-irreversible-nuclear-advances>

stellt seitdem Verstöße gegen das Abkommen fest. Iran arbeitet zudem an einer unterirdischen Zentrifugen-Anlage in den Bergen in der Nähe der Anreicherungsanlage in Natanz.<sup>16</sup>

- **Plutonium-Reaktor in Arak:** Der JCPOA schreibt vor, dass der Forschungsreaktor in Arak so umgebaut werden muss, dass er für die Herstellung von waffenfähigem Plutonium untauglich wird. Eine internationale Arbeitsgruppe, an der eine deutsche Beratungsfirma beteiligt ist, begleitet den Umbau. 2017 erklärte der Chef der Iranischen Atomenergiebehörde Salehi, der Iran habe niemals die vorgeschriebene Zerstörung des Kerns des Arak-Plutonium Reaktors betrieben.<sup>17</sup> Der heutige Status des Problems ist der Öffentlichkeit nicht bekannt, die IAEA berichtet nicht darüber, internationale Beobachter sind alarmiert.<sup>18</sup>
- **Militärische Dimension:** Bereits Anfang der 2000er Jahre hat der Iran an einem militärischen Atomwaffenprojekt gearbeitet, dem „Amad“-Plan. Anfang 2018 gelang es dem israelischen Geheimdienst, umfassende Unterlagen über das Projekt sicherzustellen. Das Ziel des Amad-Projekts war es, bis 2004 fünf Atomwaffen zu produzieren und einen industriellen Komplex zu errichten, der weitere Atomwaffen herstellen konnte. Beobachter gehen davon aus, dass das Amad-Projekt 2003 nicht komplett abgebaut, sondern lediglich modifiziert wurde.<sup>19</sup>

Die Islamische Republik baut das Atomprogramm kontinuierlich weiter aus, verstößt gegen die Verpflichtungen aus Atomwaffensperrvertrag und schränkt die Inspektionen ein. Die Zeit spielt dabei dem iranischen Regime in die Hände. Ein „weiter so“ in den Atom-Verhandlungen birgt das **Risiko** eines baldigen Breakouts. In diesem Fall könnte die internationale Öffentlichkeit in absehbarer Zeit damit konfrontiert sein, dass ein iranischer Atomwaffentest stattfindet und es zu spät ist, eine iranische Atomwaffe zu verhindern. Ein „weiter so“ würde auch die **Integrität der IAEA** beschädigen und damit die internationale Politik der Nichtverbreitung von Atomwaffen. Werden Irans Verstöße weiterhin ignoriert, riskieren EU und USA nicht nur die Integrität der IAEA, sondern auch des Atomwaffensperrvertrages. Damit würden gefährliche Präzedenzfälle geschaffen.

**Ein einfaches Zurück zum JCPOA ist keine Option.** Vor allem durch die Ablauffristen („Sunset Clauses“), die im Abkommen vereinbart wurden, kann das iranische Atomprogramm auch unter Beobachtung der UN-Inspektoren so fortgeführt werden, dass bei Auslaufen aller Beschränkungen 2031 der Weg zu einem atomaren Arsenal offen stünde. Einige der im JCPOA vorgesehenen Sanktionen sind bereits jetzt weggefallen. Der JCPOA bedeutet keine nachhaltige Verhinderung einer Atomwaffenfähigkeit des Iran, sondern dessen Legalisierung in den nächsten Jahren.<sup>20</sup>

Angesichts der massiven Verstöße gegen das Atomabkommen muss der Rückbau aller Säulen des Atomprogramms und ein sofortiger Stopp der Urananreicherung das Ziel sein.

---

<sup>16</sup> David Albright u.a.: „Update on Natanz: Construction Progresses Towards Large-scale Tunnel Complex“, v. 11.1.2021, <https://isis-online.org/isis-reports/detail/update-on-natanz-construction-progresses-towards-large-scale-tunnel-complex/8>

<sup>17</sup> <https://www.memri.org/reports/head-irans-atomic-energy-organization-only-external-pipelines-arak-reactor-were-filled>

<sup>18</sup> Andrea Stricker: „Biden Administration Should Ascertain the Status of Iran's Arak Reactor“, 5.5.2021, <https://www.fdd.org/analysis/2021/05/05/status-of-irans-arak-reactor/>, vgl. auch David Albright u.a.: „Analysis of IAEA Iran Verification and Monitoring Report - May 2021“, v. 7.6.2021, <https://isis-online.org/isis-reports/detail/analysis-of-iaea-iran-verification-and-monitoring-report-may-2021>.

<sup>19</sup> Vgl. dazu David Albright u.a.: „Highlights of Iran's Perilous Pursuit of Nuclear Weapons“ v. 24.8.2021, <https://isis-online.org/isis-reports/detail/highlights-of-irans-perilous-pursuit-of-nuclear-weapons/> sowie auf Deutsch Matthias Küntzel: „Iran: Fünf Atombomben für 100 Millionen Dollar“ v. 15. und 17. Mai 2021, <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/iran-fuenf-atombomben-fuer-100-millionen-dollar>.

<sup>20</sup> [https://aipac.org.app.box.com/s/cao0u0echjmcord2p514ejvt2p5eyty3](https://aipac.org/app.box.com/s/cao0u0echjmcord2p514ejvt2p5eyty3), <https://www.npr.org/2015/04/07/397933577/transcript-president-obamas-full-npr-interview-on-iran-nuclear-deal?t=1622206085263>.

## Handlungsempfehlungen

- Die Bundesregierung sollte angesichts der massiven Verstöße der Islamischen Republik so bald wie möglich in Kooperation mit Großbritannien und Frankreich den im Nuklearabkommen vorgesehenen „**Snap back**“-**Mechanismus** auslösen. Durch eine förmliche Anzeige beim UNO-Sicherheitsrat wird ein Verfahren ausgelöst, welches zur Wiedereinführung der UNO-Sanktionen gegen den Iran führen kann. Kommt innerhalb von 30 Tagen keine Resolution des UN-Sicherheitsrates zustande, so treten die UNO-Sanktionen gegen den Iran automatisch wieder in Kraft.<sup>21</sup>
- Was auch immer noch an politischen Verhandlungsstrategien versucht werden soll, es muss klar sein, dass dessen Preis niemals eine erneute perspektivische Legalisierung der iranischen Atomwaffenfähigkeit sein darf.
- Vor dem Hintergrund der rasanten atomaren Aufrüstung Teherans ist es möglich, dass sich die USA oder Israel gezwungen sehen, mit einer **militärischen Aktion** gegen das Atomprogramm vorzugehen. Auch in politischen Kreisen in der Bundesrepublik deutet sich in jüngster Zeit ein Umdenken an. So heißt es in einem Standpunkt der *Bundesakademie für Sicherheit*: "Notwendige Konsequenz dieser Interessendefinition könnte es [für die Bundesregierung] im Extremfall sein, auch einen Militärschlag der USA und/oder Israels gegen Iran zu unterstützen, falls dieser notwendig werden sollte, um eine nukleare Bewaffnung des Landes zu verhindern. Eine deutlichere Formulierung dieses Interesses könnte auch dazu dienen, den Druck auf Iran zu erhöhen, der in den letzten Jahren allzu oft versucht hat, Uneinigkeit zwischen Europa und die USA zu schüren."<sup>22</sup>

---

<sup>21</sup> Ziff. 37 Satz 2 JCPOA. Vgl. dazu Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: „Streitschlichtungsmechanismus des Nuklearabkommens mit dem Irans“ v. 15.1.2020, <https://www.bundestag.de/re-source/blob/685102/6bbfd26c90e2bc462b4b6ec9186b7e6e/WD-2-003-20-pdf-data.pdf>

<sup>22</sup> Guido Steinberg: „Kalter Krieg im Nahen Osten: Der iranisch-saudische Konflikt dominiert die Region“ v. 1/2021, <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2021/kalter-krieg-im-nahen-osten-der-iranisch-saudische-konflikt-dominiert-die-region>



## Menschenrechte und die Unterstützung der iranischen Demokratiebewegung

Seit dem Bestehen der „Islamischen Republik Iran“ ist die Menschenrechtssituation im Land katastrophal. Täglich werden die Menschenrechte der iranischen Bürger:innen verletzt. Das gesamte private und gesellschaftliche Leben ist durch staatliche Repressalien zutiefst belastet.<sup>23</sup> Nur Einzelfälle erfahren gelegentlich internationale Aufmerksamkeit, wie die Hinrichtung des bekannten Sportlers Navid Afkari im Sommer 2020 oder der Hungerstreik der politischen Gefangenen Nasrin Sotoudeh. Zehntausende weitere Schicksale bleiben trotz der Bemühungen von Menschenrechtsorganisationen unbeachtet.

Iran ist das Land mit den meisten Hinrichtungen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Das Rechtssystem der Islamischen Republik basiert auf der Scharia und ist auf dieser Basis von massiven Einschränkungen gleicher Rechte für Frauen und Nicht-Muslime geprägt. Im Iran ist keine Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit gegeben und auch im Alltag werden die universellen Menschenrechte der iranischen Bürger:innen massiv verletzt. Nach wie vor werden religiöse, ethnische und sexuelle Minderheiten unterdrückt, Frauen erfahren eine umfassende Diskriminierung, Minderjährige unterstehen trotz Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention durch das iranische Regime kaum rechtlichem Schutz.

Auf Proteste reagierte die Islamische Republik stets mit Gewalt und Folter, und in jeder Dekade gab es Hinrichtungswellen. Im Sommer 1988 erließ der oberste religiöse Führer Ayatollah Khomeini eine Todesfatwa gegen die inhaftierten politischen Gefangenen. Betroffen waren vor allem Mitglieder der oppositionellen Volksmudjehedin sowie linker Gruppen. Tausende wurden innerhalb weniger Wochen getötet.<sup>24</sup> 2019 wurden Massenproteste brutal niedergeschlagen, die sich an den hohen Benzinpreisen und der schlechten Wirtschaftslage entzündeten. Der Nachrichtenagentur Reuters zufolge wurden 1.500 Menschen getötet. Mindestens 7.000 Menschen wurden inhaftiert; vielen droht Folter und die Todesstrafe.<sup>25</sup>

Zahlreiche Frauenaktivistinnen sitzen wegen friedlichen Protests für die Gleichberechtigung im Gefängnis, einige erhielten jahrzehntelange Haftstrafen. Schlagzeilen machten die drakonischen Strafen gegen Nasrin Sotoudeh und Narges Mohammadi. Letztere soll in Kürze 80 Peitschenhiebe erhalten. Sie kündigte an, sich der Verhaftung und Auspeitschung zu widersetzen.<sup>26</sup>

Nach der Amtseinführung des in Deutschland als „moderat“ geltenden Präsidenten Rohani 2013 kam es keineswegs zu einer Entspannung der Menschenrechtssituation, vielmehr hat diese sich weiter verschärft. Die Hinrichtungszahlen und willkürlichen Verhaftungen stiegen stark an. Iran wurde aufgrund der grassierenden Korruption und schlechten Regierungsführung zum am schlimmsten betroffenen Land der Covid-Epidemie in der Region. Trotzdem wies das Regime aus ideologischen Gründen westliche Hilfsangebote ab. Mit dem Verbot des Einsatzes von Impfstoffen aus westlichen Ländern nimmt das Regime den Tod von Tausenden Menschen in Kauf.<sup>27</sup>

---

<sup>23</sup> Darauf weist auch der UNO-Sonderberichterstatter ausdrücklich hin: <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/SP/CountriesMandates/IR/Pages/SRIran.aspx>

<sup>24</sup> Laut Mohammad Nourizad, einem ehemaligen Vertrauten des geistlichen Führers Khamenei, beläuft sich ihre Zahl auf 33.000. <http://iraniansforum.com/eu/morder-der-uber-33-000-iranischen-politischen-gefangenen-1988-an-der-macht/>

<sup>25</sup> Reuters Bericht v. 23.12.2019, <https://www.reuters.com/video/watch/idRCV007MZA>; Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Islamic Republic of Iran, Javaid Rehman v. 11.1.2021 <https://undocs.org/en/A/HRC/46/50>

<sup>26</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2462840>; vgl. Narges Mohammadis Erklärung auf Instagram v. 27.9.2021, <https://www.instagram.com/p/CUVAqgErHL5/>

<sup>27</sup> <https://www.rferl.org/a/iran-bans-western-coronavirus-vaccines/31043739.html>

Auch wenn generell gilt, dass die Menschenrechtslage im Iran immer katastrophal war, könnte sich die Lage mit dem Antritt des **neuen Präsidenten Ebrahim Raisi** im August 2021 in Zukunft noch weiter zuspitzen. Raisi ist für die Hinrichtung von tausenden Oppositionellen im Iran verantwortlich und steht wegen seiner Menschenrechtsverletzungen auf der Sanktionsliste der USA. Er war Mitglied des von Khomeini bestimmten höchsten „Todeskomitees“ zur Befragung und Auswahl der Hinrichtungskandidaten im Jahr 1988.<sup>28</sup> Noch im Juli 2020 rühmte sich Raisi im staatlichen iranischen Fernsehen seiner Taten, und erklärte, die Gefangenen hätten keine Gnade verdient.<sup>29</sup> In großen Teilen der Bevölkerung ist Raisi wegen seiner Verantwortung für die Massenmorde des Regimes verhasst. Amnesty International fordert eine juristische Verfolgung seiner Verbrechen auf internationaler Ebene.<sup>30</sup>

Auf nationaler und auf EU-Ebene müssen die Menschenrechte stärker ins Zentrum der Iran-Politik rücken. Diese Überzeugung wird prinzipiell im Bundestag geteilt, und verschiedene Parteien brachten dazu Anträge im Bundestag ein.<sup>31</sup> Der Europäische Rat hat im Dezember 2020 erstmals eine globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte eingeführt, eine Art europäischen „Magnitsky Act“. Damit hat sich die EU einen Rahmen gegeben, gezielt gegen Einzelpersonen, Organisationen und Einrichtungen vorzugehen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Zu den restriktiven Mitteln gehören ein Reiseverbot sowie das Einfrieren von Geldern.

Diese Entwicklung ist uneingeschränkt zu begrüßen. Es ist jedoch wichtig, diese Maßnahmen auch konsequent umzusetzen, sie auszuweiten und parallel auf nationaler Ebene zu handeln, wenn eine europäische Lösung wegen des Einstimmigkeitsprinzips schwer zu erreichen ist. Schweden oder die Niederlande arbeiten bereits an nationalen Gesetzen.<sup>32</sup>

## **Bundesregierung und Bundestag sollten**

- Jegliche Menschenrechtsverletzung öffentlich und entschieden verurteilen.
- Auf Hinrichtungen und Folter von Oppositionellen mit unmittelbaren Sanktionen gegen die Verantwortlichen reagieren, vor allem mit Einreiseverboten und Einfrieren von Geldern.
- Sich offen an die Seite der iranischen Zivilgesellschaft stellen, insbesondere an die Seite der Frauenrechtsbewegung.
- Die protestierende Bevölkerung im Iran durch öffentliche Unterstützungserklärungen zu stärken.
- Die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission unterstützen, die die Massenhinrichtungen von 1998 untersuchen, wie von Seiten des Sonderberichterstatters der UNO und Menschenrechtsorganisationen gefordert. Dazu gehört auch die Untersuchung der Rolle des aktuellen Präsidenten Raisi.

---

<sup>28</sup> Amnesty International: „Iran: Blood-soaked secrets: Why Iran’s 1988 prison massacres are ongoing crimes against humanity“, v. 4.12.2018, S. 15, <https://www.amnesty.org/en/documents/mde13/9421/2018/en/>

<sup>29</sup> <https://www.mena-watch.com/kronzeuge-gegen-die-islamische-republik/> und <https://townhall.com/columnists/faridehgoudarzi/2021/05/20/mass-murderer-for-president-n2589764>

<sup>30</sup> Amnesty International : Ebrahim Raisi must be investigated for crimes against humanity v.16.9.2021, <https://www.amnesty.org/en/latest/press-release/2021/06/iran-ebrahim-raisi-must-be-investigated-for-crimes-against-humanity/>

<sup>31</sup> Antrag FDP und Grüne <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw41-de-menschenrechtsverletzungen-iran-796010>; Antrag CDU und SPD <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/237/1923702.pdf>

<sup>32</sup> <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/246/1924677.pdf>; <https://www.bundestag.de/presse/hib/792530-792530>.

## Terrorismus und ideologischer Extremismus

Seit der Implementierung des JCPOA sind vermehrt **Terroranschläge** bzw. **Attentatsversuche** durch iranische Geheimdienste bzw. die aus Teheran kontrollierte Hisbollah in Europa und auch in Deutschland festgestellt worden. Insbesondere sind jüdische, israelische und exiliranische Ziele und Personen im Visier des iranischen Regimes.<sup>33</sup> Besonders dramatisch ist, dass die terroristischen Aktivitäten des iranischen Regimes auf europäischem Boden seit der vermeintlichen Entspannung durch den JCPOA signifikant zu- statt abgenommen haben.

Die Geschichte des islamistischen Regimes weist eine lange Liste von **Morden an politischen Gegnern im Ausland** auf. Zwischen 1979 und 2011 wurden laut Angaben des „Iran Human Rights Documentation Center“ mindestens 162 Oppositionelle im Exil von den Agenten der Islamischen Republik im Ausland ermordet.<sup>34</sup> Im Berliner Restaurant Mykonos wurden 1992 vier kurdisch-iranische Oppositionelle von einem Team von iranischen und Hisbollah-Agenten erschossen. Ein Berliner Gericht benannte 1997 höchste iranische Regierungsmitglieder als Verantwortliche.<sup>35</sup>

2018 wurde ein **Sprengstoffanschlag** auf ein Treffen des oppositionellen „Nationalen Widerstandsrats Iran“ in Paris in letzter Minute vereitelt. Der Anschlag hätte zu den größten Terroranschlägen in der europäischen Geschichte gehört.<sup>36</sup> An dem anvisierten Treffen nahmen auch Abgeordnete des Bundestages, wie Martin Patzelt (CDU) teil. Organisiert hatte die Tat der an der iranischen Botschaft in Wien akkreditierte Diplomat Assadollah Assadi. Im Februar 2021 wurde er vor einem Gericht in Antwerpen (Belgien) zu 20 Jahren Haft verurteilt. **Die Verurteilung zeigt, dass staatliche iranische Einrichtungen in Europa eine massive Gefahr für die innere Sicherheit in Europa darstellen.**<sup>37</sup>

Es kommt auch zu **Entführungen in den Iran**. So wurde der Begründer der bekannten oppositionellen Plattform „Amad News“, Ruhollah Zam, der in Frankreich lebte, 2019 während einer Reise in den Irak in den Iran entführt und dort 2020 hingerichtet. Der Deutsch-Iraner Dschamschid Scharmahd wurde während eines Aufenthaltes in Dubai in den Iran entführt und wird dort offenbar als Geisel verwendet, um von der Bundesregierung Zugeständnisse zu erpressen.<sup>38</sup>

Derzeit sind mindestens 20 Doppelstaatler:innen als **Staatsgeiseln** im Iran in Haft. Diese werden unter konstruierten Vorwürfen gefangen gehalten, um Zugeständnisse zu erpressen. Darunter sind mindestens fünf Menschen mit deutscher und iranischer Staatsangehörigkeit.<sup>39</sup> Zu ihnen gehört die Deutsch-Iranerin Nahid Taghavi, die kürzlich zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Die pensionierte Architektin reiste aus privaten Gründen 2020 in den Iran.<sup>40</sup> Besondere Sorge herrscht um das Leben des zum Tode verurteilten schwedisch-iranischen Mediziners Ahmad Reza Jalali.<sup>41</sup> Aufsehen erregte der Versuch, die prominente Aktivistin Masih Alinejad aus New York zu entführen.<sup>42</sup>

<sup>33</sup> <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2019.pdf>

<sup>34</sup> <https://iranhrdc.org/no-safe-haven-irans-global-assassination-campaign/>

<sup>35</sup> <http://www.iranhrdc.org/english/publications/reports/3150-murder-at-mykonos-anatomy-of-a-political-assassination.html?p=18#Judgement>

<sup>36</sup> „Iran envoy drops appeal to jail in Belgium, no prisoner swap seen“, Reuters v. 5.5.2021, <https://www.reuters.com/world/iran-envoy-drops-appeal-prison-belgium-over-bomb-plot-2021-05-05/>

<sup>37</sup> <https://www.spiegel.de/politik/ausland/belgien-gericht-verurteilt-iranischen-diplomaten-zu-20-jahren-haft-a-f7805a6b-3b85-44d2-873f-7e9640150904>

<sup>38</sup> „Entführt in den Iran“, Deutsche Welle v. 7.8.2020, <https://www.dw.com/de/entf%C3%BChrt-in-den-iran/a-54489682>, vgl. auch Interview mit Omid Nouripour v.8.11.2020, <https://www.dw.com/de/nouripour-iran-h%C3%A4lt-deutsche-als-politische-geiseln-fest/a-55524577>

<sup>39</sup> Dies ergab eine Anfrage des Abgeordneten O. Nouripour an die Bundesregierung im Nov. 2020, vgl. <https://www.welt.de/politik/ausland/article219425910/Politische-Gefangene-Deutsche-im-Iran-zunehmend-im-Fadenkreuz.html>

<sup>40</sup> <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/iran-nahid-taghavi-interview-mit-tochter-mariam-claren>

<sup>41</sup> <https://iranhr.net/en/articles/4508/> und <https://iranhr.net/en/articles/4671/>

<sup>42</sup> <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-57830677>

Mit der Politik der Geiselnahme setzt sich die Islamische Republik seit ihrer Gründung im Jahr 1979 konsequent über internationale Normen hinweg. Das Wesen dieser Politik ist Terror, und nicht „Geisel-Diplomatie“.

**Anschläge gegen jüdische und israelische Ziele:** Es gibt eine lange Liste von terroristischen Anschlägen der Islamischen Republik Iran im Ausland. Dass diese nicht nur einen antiisraelischen, sondern auch antisemitischen Charakter haben, zeigte der Terroranschlag auf das jüdische Gemeindezentrum AMIA in Buenos Aires (Argentinien) 1994. Zwei Mitglieder aus dem amtierenden iranischen Kabinett sind wegen ihrer Beteiligung an diesem Attentat von Interpol noch heute zur Fahndung ausgeschrieben. Sie sind verantwortlich für den aus dem Iran organisierten Mord an 85 Menschen und damit für einen der größten antisemitischen Anschläge der Nachkriegsgeschichte.<sup>43</sup>

**Auch in Deutschland** spähen iranische Geheimdienste jüdische, israelische und als „zionistisch“ identifizierte Ziele aus. Im März 2017 wurde ein Agent des iranischen Geheimdienstes MOIS in Berlin verurteilt, der den ehemaligen SPD-Wehrbeauftragten und Präsident der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft* ausspioniert hatte, mit dem Ziel, ihn bei einer Zuspitzung des Atomkonflikts zu ermorden.<sup>44</sup> Im Januar 2018 ordnete die Bundesanwaltschaft Hausdurchsuchungen bei 10 iranischen Agenten an, die im Auftrag eines iranischen Geheimdienstes jüdische und israelische Ziele in Deutschland ausgespäht haben sollen. Die Aktivitäten des Geheimdienstes seien darauf ausgerichtet, Ziele für potentielle Anschläge gegen westliche Objekte auszuforschen, hieß es aus Sicherheitskreisen.<sup>45</sup>

Die Bundesregierung kann die Effekte dieser Politik begrenzen, indem sie die politischen, religionspolitischen und geheimdienstlichen Aktivitäten des iranischen Regimes hierzulande stärker einschränkt. Eine harte Linie ist seit Jahren überfällig. Dazu gehört auch, auf Kontakte zu Vertretern des **Islamischen Zentrums Hamburg (IZH)** und anderen Stellvertretern der Islamischen Republik in Deutschland und Europa zu verzichten. Laut Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg verkehren ca. 30 Anhänger der Hisbollah im IZH.<sup>46</sup> Auch der Drahtzieher des vereitelten Attentates in Paris, Assadollah Assadi, besuchte das Islamische Zentrum.<sup>47</sup> Iranische Einrichtungen wie das IZH dürfen nicht weiter hofiert werden. Stattdessen sollte das IZH aus dem Hamburger Staatsvertrag mit religiösen Verbänden ausgeschlossen und ein Vereinsverbot wegen Verstoßes gegen das Gebot der Völkerverständigung geprüft werden.

---

<sup>43</sup> Es handelt sich um Ahmad Vahidi und Mohsen Rezaei. Im Jahr 2006 befand ein argentinischer Richter, dass der inzwischen verstorbene Hisbollah-Terrorist Imdad Fayed Moughnieh und andere iranische Amtsträger – wie Akbar Hashemi Rafsanjani, Ali Fallahian, Ali Akbar Velayati, Mohsen Rezaei, Mohsen Rabbani, Ahmad Reza Ashgari und Ahmad Vahidi – unmittelbar für die Planung des Bombenanschlags auf die AMIA Gemeindezentrum in Buenos Aires verantwortlich waren. Im Jahr 2007 erließ Interpol Haftbefehle gegen alle mit dem Bombenanschlag in Verbindung stehenden Personen. Diese Haftbefehle sind immer noch gültig. Vgl. Karmel Melamed: Where's the outrage over the Jew-killers in Iran's new Cabinet?, in: JNS v. 26.9.2021, <https://www.jns.org/opinion/wheres-the-outrage-over-the-jew-killers-in-irans-new-cabinet/>, hier auf deutsch: <https://www.audiatour-online.ch/2021/09/27/wo-bleibt-die-empowerung-ueber-die-moerder-in-irans-neuer-regierung/>

<sup>44</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article163464624/SPD-Politiker-wirft-Iran-Mordkomplott-vor.html>

<sup>45</sup> „Nach Razzia gegen Mullah-Agenten“, Bild v. 17.1.2018, <https://www.bild.de/politik/inland/nachrichtendiensteste-iran/razzien-bei-iranischen-agenten-54498494.bild.html>

<sup>46</sup> S. hierzu z.B. den Hamburger Verfassungsschutzbericht 2020 S.74-82, <https://www.hamburg.de/content-blob/14991526/486483537cdace5edbf264e635e3b38f/data/vsb-2020-online.pdf>

<sup>47</sup> „Agent im Auftrag des Iran?“, auf: Tagesschau v. 21.1.2021, <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/iran-terrorismus-europa-103.html>

## Handlungsempfehlungen

- Alle Personen, die an Geiselnahmen und terroristischen Aktivitäten beteiligt sind, müssen so weit möglich in Deutschland / der EU strafrechtlich verfolgt bzw. mit Einreiseverbot und Einfrieren von Geldern belegt werden.
- Iranisches Botschaftspersonal muss in Reaktion auf Bedrohungen der Sicherheit Deutschlands und anderer europäischer Staaten ausgewiesen werden.
- Iranische diplomatische und kulturelle Einrichtungen sind Schaltzentralen und Rückzugsräume für terroristische Akteure wie die Hisbollah. Sie müssen bei Gefahr geschlossen werden.
- Den **Quds-Marsch** in Deutschland verbieten: Auch durch die Verbreitung seiner islamistischen und antisemitischen Ideologie agiert das Regime in expansionistischer Absicht. Sein deutlichstes Aktionsfeld ist der jährlich in Berlin und anderen europäischen Städten stattfindende Al Quds Tag zur Beseitigung Israels.<sup>48</sup>
- Aus dem Iran gesteuerte Verbände sollten gesellschaftlich isoliert und keinesfalls hofiert werden. Das **Islamische Zentrum Hamburg** muss aus dem Hamburger Staatsvertrag mit religiösen Verbänden ausgeschlossen werden und ein Vereinsverbot wegen Verstoßes gegen das Gebot der Völkerverständigung erwogen werden.

---

<sup>48</sup> Vgl. dazu Mideast Freedom Forum Berlin: „Der Al Quds-Tag als antisemitische Mobilisierung der Islamischen Republik Iran und als Gefährdung der Sicherheit in Deutschland“, Mai 2020, [https://archiv.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors\\_de/Texte/MFFB - Fuer ein Verbot des Al Quds Tages.pdf](https://archiv.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors_de/Texte/MFFB_-_Fuer_ein_Verbot_des_Al_Quds_Tages.pdf). Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages nennt einen Verstoß gegen das Prinzip der Völkerverständigung als Kriterium für juristische Verbotsmaßnahmen, vgl. „Rechtliche Handhabe gegen salafistische Bestrebungen in Deutschland“, 2014, S. 10, <https://www.bundestag.de/resource/blob/406352/56314c0ebaa8af3f0ded702878565653/wd-3-178-14-pdf-data.pdf>

## Ein neuer Mittlerer Osten

Während das iranische Regime wie selten zuvor seine eigene Bevölkerung, seine arabischen Nachbarn und Israel, sowie westliche Ziele bedroht und terrorisiert, finden unter den regionalen Gegnern des Regimes bemerkenswerte neue Entwicklungen statt.<sup>49</sup>

Noch vor kurzer Zeit wäre es kaum vorstellbar gewesen, dass arabische Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Sudan und Marokko die zum Teil bereits seit längerer Zeit klandestin bestehenden Beziehungen zwischen Israel und seinen Nachbarn öffentlich machen, die nun erfolgte diplomatische Normalisierung feiern und kaum verhüllt die Islamische Republik Iran als gemeinsamen Gegner benennen würden.<sup>50</sup>

Die sogenannten „Abraham Accords“ sind aber nicht die einzige dramatische Entwicklung in der Region. Im Gegensatz zum kalten Frieden zwischen Israel und Ägypten sowie Jordanien stoßen die aktuellen Initiativen auf Sympathie und Interesse in den jeweiligen arabischen Bevölkerungen, Geschäftsbeziehungen und Direktflüge wurden etabliert.<sup>51</sup> Im kurdischen Teil Iraks forderten kürzlich über 300 prominente Vertreter ebenfalls die Aufnahme von freundschaftlichen Beziehungen zu Israel.<sup>52</sup>

Unter iranischen Oppositionellen im In- und Ausland ist das Israel-Tabu längst gebrochen.<sup>53</sup> Iranische Sportler:innen haben in den letzten Jahren wiederholt Karriere, Freiheit und Leben riskiert, um trotz der antisemitischen Boykottgebote des Regimes mit Israelis in den Wettkampf treten zu können.<sup>54</sup>

Die Situation im Mittleren Osten verändert sich schnell und dramatisch. Es kristallisiert sich immer schärfer eine klare Frontstellung heraus: Moderate Staaten der arabischen Welt, Israel und die demokratischen Kräfte im Iran und im Exil einerseits, auf der anderen Seite die Islamische Republik und ihre islamistischen und despotischen Bündnispartner, die im Namen des antisemitischen Wahns der Zerstörung Israels die gesamte Region mit Krieg und Terror überziehen.

Die für die Bekämpfung von fundamentalistischem Extremismus und Antisemitismus und für friedliche Konfliktlösungen eintretenden politischen Kräfte im Mittleren Osten erwarten starke und eindeutige Signale der Unterstützung aus dem Westen. Die deutsche Politik sollte sich im eigenen Interesse entschieden für diese Kräfte einsetzen und gemeinsam mit ihnen die terroristische Obstruktionspolitik aus Teheran zurückdrängen.

Die anhaltenden Massenproteste im Iran trotz massivster Repression zeigen das Fehlen jeglicher Legitimation des Regimes. Die Wahlen im Juni 2021 können wegen der mangelnden Beteiligung der Bevölkerung als Referendum gegen die Islamische Republik als Ganzes gewertet werden. So sehr zu wünschen ist, dass die iranische Demokratiebewegung obsiegt, so unwahrscheinlich ist es, dass sie das auf sich alleine gestellt schaffen kann. In einem unter Gefahr für Freiheit und Leben publizierten offenen Brief an den neuen US-Präsidenten Joe Biden forderten 38 Aktivist:innen aus dem Iran im Februar 2021 die Aufrechterhaltung eines maximalen politischen, diplomatischen und finanziellen Drucks auf das Regime und die klare Anwaltschaft des Westens für

<sup>49</sup> Vgl. allgemein Jörg Rensmann: Die Abraham-Abkommen: Ein Paradigmenwechsel und die deutsche Reaktion, April 2021, <https://www.mena-watch.com/abraham-abkommen-deutsche-reaktionen-1/>.

<sup>50</sup> <https://www.wsj.com/articles/peace-shalom-salaam-11600127046>

<sup>51</sup> <https://english.alarabiya.net/News/gulf/2021/03/12/Israel-relations-UAE-announces-10-billion-investment-fund-for-Israel-across-multiple-sectors>

<sup>52</sup> „Over 300 prominent Iraqis publicly call for full peace with Israel“, Times of Israel v. 24.9.2021, <https://www.timesofisrael.com/250-prominent-iraqis-publicly-call-for-full-peace-with-israel/>

<sup>53</sup> Die antiisraelische und antisemitische Ausrichtung des Regimes wird von Oppositionellen längst kritisiert. Vgl. Iranian-American Forum: „Iranian regime's anti-Semitism and crusade against Israel“, 2017, <https://www.youtube.com/watch?v=cGg7Ql4qniM>

<sup>54</sup> <https://www.dw.com/de/saeid-mollaei-in-israel-die-iraner-sind-stolz-auf-ihn/a-56643189>; <https://www.reuters.com/article/us-iran-chess-idUSKBN1YS16E>

Menschenrechte im Iran und die Freilassung aller politischen Gefangenen.<sup>55</sup>

Alle freiheitlichen Demokratien müssen begreifen, dass die Niederlage der demokratischen Bewegung im Iran eine direkte Bedrohung für ihre eigene Existenz darstellt. Der Atomkonflikt lässt sich nur ernsthaft lösen, wenn dieses Regime mit seiner antiwestlichen und antisemitischen Ideologie abgelöst wird.

Die Verteidigung demokratischer Bestrebungen im Iran muss daher dringend zu einer Priorität der Außenpolitik gemacht werden. Notwendig wäre zu diesem Zweck die Gründung eines globalen Aktionsforums der Demokratien, auf dem sie ihr diesbezügliches Vorgehen koordinieren können.

Vom Westen her muss Ali Khamenei und dem Regime glaubhaft klargemacht werden, dass die Ermordung und Ausschaltung von Oppositionellen schwerste politische und wirtschaftliche Konsequenzen haben würde. Die bisher ins Auge gefassten Sanktionsmaßnahmen der EU reichen dafür nicht aus.

#### **Handlungsempfehlung:**

- Offenes und öffentliches Zugehen auf Länder der Abraham Accords (VAE, Bahrain, Marokko, Israel, etc.) um eine neue Sicherheitsarchitektur für den Mittleren Osten zu befördern. Eine langfristige **Lösungsperspektive** bietet nur die enge Kooperation mit Israel und seinen neuen regionalen Partnern, die allesamt von den Drohungen aus Teheran betroffen sind.
- **Unterstützung der demokratischen Kräfte im Iran**, deren Sieg gegen das System der Islamischen Republik die einzige dauerhafte Lösung des Atomkonflikts sicherstellen kann.
- Die Bundesregierung und der Bundestag sollten **iranische Exil-Oppositionelle** in Deutschland öffentlichkeitswirksam treffen. Sie sollten eine hochkarätige öffentliche Menschenrechtskonferenz mit iranischen Oppositionellen organisieren und Kontakte zu demokratischen Gegner:innen des Regimes institutionalisieren.
- Die bewaffneten Kooperationspartner Irans sollten möglichst weitgehend isoliert und sanktioniert werden. Das **Hisbollah Verbot** sollte auf EU-Ebene vorangetrieben werden. Die iranischen Revolutionsgarden und anderen terroristischen Partner Irans in der Region sollten auf alle relevanten Terrorismuslisten aufgenommen werden.

---

<sup>55</sup> Open Letter to the Honorable Joseph R. Biden, President of the United States of America v. 1.2.2021, <https://im-media.voltron.voanews.com/Drupal/01live-201/documents/2021-02/Open%20Letter%20to%20the%20Honorable%20Joseph%20R.%20Biden%20President%20of%20the%20United%20States%20of%20America%202021Feb.pdf>

**Mideast Freedom Forum Berlin 10/2021**

Mideast Freedom Forum Berlin e.V.

Postfach 2 77 48

10130 Berlin

Telefon: +49 (0)30 - 209 958 52

[info@mideastfreedomforum.org](mailto:info@mideastfreedomforum.org)

[www.mideastfreedomforum.org/](http://www.mideastfreedomforum.org/)